

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach der parlamentarischen Sommerpause hat der Bundestag in dieser Woche seine Arbeit wieder aufgenommen. Die Sommerpause bedeutet dabei nicht, dass politische Arbeit ruht; sie ist vor allem eine sitzungsfreie Zeit des Parlaments, in der keine regulären Plenarsitzungen stattfinden und viele Gespräche, Termine und Vorbereitungen in den Wahlkreisen und Fachbereichen erfolgen. Nach rund zwei Monaten beginnt der parlamentarische Betrieb nun wieder – und zwar mit einer der wichtigsten Wochen des Jahres: der ersten Beratung des Bundeshaushalts 2027.

Die Haushaltswoche hat im Bundestag eine besondere Bedeutung. Mit ihr legt die Bundesregierung ihren Entwurf für den Bundeshaushalt vor, anschließend beraten die Abgeordneten die Einzelpläne der Ministerien. Dabei geht es nicht nur um Zahlen, sondern um politische Prioritäten: Wofür setzt der Staat Mittel ein, wo werden Schwerpunkte gebildet, wo wird gespart, und welche Vorhaben sollen in den kommenden Jahren finanziell abgesichert werden?

Ein besonderer Teil dieser Woche sind die sogenannten Generaldebatten. Sie unterscheiden sich von normalen Fachdebatten, weil sie nicht nur den Etat eines einzelnen Ministeriums betreffen, sondern die grundsätzliche Richtung der Regierungspolitik. Vor allem die Debatte zum Etat des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes wird traditionell genutzt, um die Politik der Bundesregierung insgesamt zu bewerten. Deshalb ist die Haushaltswoche immer auch ein politischer Gradmesser dafür, wie Regierung und Opposition die Lage des Landes einschätzen.

Der Wiedereinstieg in den parlamentarischen Betrieb fällt in eine schwierige politische Lage. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt war für die CDU ein schwerer Einschnitt und ein deutliches Warnsignal. Solche Ergebnisse darf man nicht kleinreden. Sie zeigen, dass viele Menschen von der Politik klarere Antworten, mehr Verlässlichkeit und spürbare Verbesserungen erwarten. Für uns als Union ist das ein Auftrag, noch konsequenter daran zu arbeiten, Vertrauen zurückzugewinnen.

Für mich persönlich ist diese Sitzungswoche ebenfalls eine besondere Zäsur. Ich schreibe Ihnen diesen Newsletter nicht mehr als Bundesverkehrsminister, sondern wieder als Abgeordneter für unsere Region. Die vielen Nachrichten, die mich in den vergangenen Wochen erreicht haben, haben mich sehr bewegt. Sie haben mir gezeigt, dass Einsatz, Sacharbeit und Verlässlichkeit wahrgenommen werden. Für diesen Zuspruch bin ich sehr dankbar.

Gleichzeitig gilt: Politik darf nicht bei persönlicher Betroffenheit stehen bleiben. Entscheidend ist, weiter Verantwortung zu übernehmen – im Wahlkreis, im Parlament und bei den konkreten Fragen, die unser Land beschäftigen. Gerade in einer Lage, in der viele Menschen verunsichert sind, kommt es darauf an, nicht nur über Probleme zu sprechen, sondern an Lösungen zu arbeiten, die im Alltag ankommen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Generaldebatte im Bundestag

Nach Sachsen-Anhalt: Die richtigen Schlüsse ziehen

Die Generaldebatte des Deutschen Bundestages stand in dieser Woche deutlich unter dem Eindruck der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Bundeskanzler Friedrich Merz hat das Ergebnis als deutliche Botschaft verstanden und zugleich eingeräumt, dass es der Bundesregierung bisher nicht ausreichend gelungen ist, den Sinn notwendiger Reformen zu vermitteln. Diesen Befund halte ich für richtig.

Auch der vom Bundeskanzler formulierte Anspruch, das Wohlstandsversprechen für die junge Generation zu erneuern, weist in die richtige Richtung. Reformen sind schließlich kein Selbstzweck. Sie müssen dazu beitragen, dass auch unsere Kinder und Enkel in einem wirtschaftlich starken Land leben, sich durch eigene Leistung etwas aufbauen können und auf einen handlungsfähigen Staat vertrauen dürfen.

Nach dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt reicht es allerdings nicht, notwendige Veränderungen lediglich besser zu erklären. Wir müssen ebenso kritisch prüfen, was wir verändern und ob die Menschen diese Veränderungen in ihrem Alltag tatsächlich wahrnehmen. Vertrauen gewinnt Politik nicht durch Ankündigungen, sondern durch Ergebnisse.

Das gilt auch für den Bundeshaushalt. Wer von Generationengerechtigkeit spricht, muss zugleich erklären, wie ein weiter stark wachsender Bundeshaushalt, eine außergewöhnlich hohe Neuverschuldung und in den kommenden Jahren massiv steigende Zinsausgaben dauerhaft finanziert werden sollen. Investitionen in Infrastruktur, Sicherheit und wirtschaftliche Stärke sind notwendig. Aber zusätzliches Geld ersetzt weder Prioritätensetzung noch strukturelle Reformen.

Die Generaldebatte hat deshalb richtige Fragen aufgeworfen. Die Antwort darauf kann aus meiner Sicht nur sein: weniger öffentliche Auseinandersetzung um sich selbst, mehr Konzentration auf die konkreten Probleme unseres Landes und der Mut, auch innerhalb der eigenen Reihen kritisch zu prüfen, ob eingeschlagene Wege tatsächlich zum gewünschten Ziel führen.

Haushalt 2027 wirft ernste Fragen auf

Bundestag berät Etat mit deutlich höheren Ausgaben und neuer Verschuldung

Mit der ersten Lesung des Bundeshaushalts 2027 hat der Bundestag in dieser Woche eine der wichtigsten Beratungen des Jahres begonnen. Der Haushalt ist weit mehr als ein Zahlenwerk. Er zeigt, welche Prioritäten gesetzt werden, welche Vorhaben finanzierbar sind und wie solide der Staat mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgeht. Gerade deshalb verdient dieser Entwurf eine sehr sorgfältige und auch kritische Betrachtung.

Die Zahlen sind erheblich. Der Bund plant für 2027 Ausgaben von 555,4 Milliarden Euro. Das sind 30,9 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr. In der weiteren Finanzplanung steigen die Ausgaben bis 2030 sogar auf 635,4 Milliarden Euro. Damit wächst der Bundeshaushalt in wenigen Jahren um mehr als 100 Milliarden Euro. Gleichzeitig soll die Nettokreditaufnahme im Kernhaushalt 2027 bei 118,7 Milliarden Euro liegen. Zusammen mit den kreditfinanzierten Sondervermögen für Infrastruktur und Bundeswehr summiert sich die neue Verschuldung im kommenden Jahr auf gut 200 Milliarden Euro.

Diese Entwicklung bereitet mir Sorge. Natürlich stehen Bund und Länder vor außergewöhnlichen Aufgaben: Verteidigungsfähigkeit, Infrastruktur, wirtschaftliche Stabilisierung und Unterstützung der Ukraine sind keine kleinen Posten. Es wäre unseriös, so zu tun, als ließen sich diese Herausforderungen ohne erhebliche Mittel bewältigen. Aber ebenso unseriös wäre es, die Dimension dieser Verschuldung kleinzureden. Noch vor der Wahl war zu Recht davon die Rede, dass der Staat mit Einnahmen in der Größenordnung von einer Billion Euro insgesamt auskommen müsse. Gerade deshalb muss jetzt sehr genau geprüft werden, ob neue Schulden tatsächlich für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden – oder ob sie am Ende laufende Ausgaben und politische Versprechen finanzieren.

Besonders deutlich wird die Belastung bei den Zinsen. Für 2027 sind bereits rund 41,9 Milliarden Euro an Zinsausgaben vorgesehen. Bis 2030 sollen es nach der Finanzplanung mehr als 80 Milliarden Euro werden. Das ist Geld, das nicht für Infrastruktur, Bildung, Sicherheit oder Entlastungen zur Verfügung steht. Steigende Zinslasten engen den politischen Spielraum künftiger Jahre ein und machen deutlich, dass Schulden auch dann ihren Preis haben, wenn sie kurzfristig Handlungsspielräume eröffnen.

Für mich ist deshalb entscheidend, dass die parlamentarischen Beratungen nicht zu einer reinen Verteilungsdebatte werden. Der Haushalt muss stärker darauf geprüft werden, welche Ausgaben wirklich notwendig sind, welche Prioritäten tragen und wo der Staat Aufgaben effizienter erfüllen kann. Investitionen in Verkehrswege, Brücken, Schienen und digitale Infrastruktur sind wichtig und richtig. Aber sie müssen zusätzlich, wirksam und nachvollziehbar erfolgen. Ein großer Haushalt ist noch kein guter Haushalt. Entscheidend ist, ob das Geld zielgerichtet eingesetzt wird und ob der Bund dauerhaft solide handlungsfähig bleibt.

Der Bundeshaushalt 2027 wird in den kommenden Wochen weiter beraten. Dabei wird es nicht reichen, nur auf die außergewöhnliche Lage zu verweisen. Die Verantwortung des Parlaments besteht darin, genau hinzusehen: bei neuen Schulden, bei Zinslasten, bei Ausgabensteigerungen und bei der Frage, ob dieser Haushalt wirklich die richtigen Weichen für die kommenden Jahre stellt.

Drohnen früh erkennen, Infrastruktur besser schützen

Austausch mit LivEye zu moderner Detektions- und Abwehrtechnik

Auch abseits der Sitzungswochen in Berlin bin ich regelmäßig im Wahlkreis unterwegs. Ein besonders interessanter Termin führte mich zum Drohnenkompetenzzentrum der LivEye GmbH in Landscheid. Das Unternehmen beschäftigt sich mit einer Frage, die in der aktuellen Sicherheitslage immer wichtiger wird: Wie können Drohnen frühzeitig erkannt, lokalisiert und Gefahrenlagen besser eingeschätzt werden?

Bei dem Besuch wurden verschiedene Möglichkeiten der Drohnendetektion vorgestellt. Dazu gehören Systeme, die Drohnen in einem bestimmten Umfeld erfassen und zugleich Hinweise darauf geben können, wo sich die Fernsteuerung beziehungsweise der Pilot befindet. Gerade das ist für Sicherheitsbehörden, Betreiber kritischer Infrastruktur oder große Verkehrsanlagen von Bedeutung. Denn im Ernstfall kommt es nicht nur darauf an, eine Drohne zu sehen, sondern schnell zu wissen, woher sie gesteuert wird und welche Reaktion erforderlich ist.

Die aktuelle Lage zeigt, dass dieses Thema längst nicht mehr theoretisch ist. Drohnen können für Vermessung, Landwirtschaft, Rettungseinsätze oder Logistik wertvolle Dienste leisten. Zugleich können sie aber auch missbraucht werden – etwa zur Spionage, zur Störung von Betriebsabläufen oder als Risiko für sensible Infrastruktur. Flughäfen, Energieanlagen, Verkehrswege und Veranstaltungsorte brauchen deshalb Konzepte, mit denen Gefahren früh erkannt und Zuständigkeiten klar geregelt werden können.

Für mich war der Besuch auch deshalb wichtig, weil hier ein Unternehmen aus unserer Region an Lösungen arbeitet, die weit über die Eifel hinaus Bedeutung haben. Gerade im Bereich Sicherheitstechnologie zeigt sich, wie viel Fachwissen, Innovationskraft und praktische Erfahrung im ländlichen Raum vorhanden sind. Solche Unternehmen verdienen Aufmerksamkeit, weil sie dazu beitragen können, unser Land widerstandsfähiger und besser vorbereitet auf neue Bedrohungen zu machen.

Der Austausch in Landscheid hat deutlich gemacht: Moderne Sicherheit beginnt nicht erst bei der Abwehr, sondern bei der schnellen und verlässlichen Erkennung. Wer kritische Infrastruktur schützen will, braucht Technik, Lagebilder und eingespielte Abläufe. LivEye zeigt, dass solche Lösungen auch aus unserer Region kommen können..

Engagement und Verantwortung im Wahlkreis

Besuche bei den Europa-Miniköchen Eifel und im St. Joseph-Krankenhaus Prüm

Die vergangenen Wochen haben einmal mehr gezeigt, wie vielfältig die Themen im Wahlkreis sind. Zwei Termine standen dabei beispielhaft für Bereiche, die unsere Region besonders prägen: das Engagement für junge Menschen und die Sicherung verlässlicher Versorgung vor Ort.

Mit den Europa-Miniköchen Eifel startet wieder ein Projekt, das junge Menschen auf besondere Weise an Ernährung, regionale Produkte und gemeinsames Kochen heranführt.

30 Kinder nehmen am neuen Jahrgang teil und werden in den kommenden zwei Jahren lernen, wie viel Wissen, Handwerk und Freude in guter Küche stecken. Als langjähriger Schirmherr begleite ich dieses Projekt sehr gerne, weil es Kindern nicht nur praktische Fähigkeiten vermittelt, sondern auch Wertschätzung für Lebensmittel, Teamarbeit und regionale Qualität stärkt.

Ein weiterer wichtiger Termin führte mich ins St. Joseph-Krankenhaus nach Prüm. Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum ist eine der zentralen Zukunftsfragen für unsere Region. Gerade ein Krankenhaus wie Prüm ist für viele Menschen weit mehr als eine Einrichtung im Gesundheitswesen. Es steht für Erreichbarkeit, Sicherheit und Versorgung in einer Fläche, in der Wege oft weiter sind als in großen Städten.

Umso wichtiger ist es, dass die Zukunft des Hauses verantwortungsvoll gesichert wird. Die aktuellen Entwicklungen rund um die geplante Übernahme durch den Eifelkreis zeigen, wie ernst diese Aufgabe genommen wird. Für die Menschen vor Ort zählt am Ende, dass medizinische Hilfe erreichbar bleibt und die Versorgung verlässlich organisiert wird. Dafür braucht es tragfähige Strukturen, engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und politische Entscheidungen, die die Besonderheiten des ländlichen Raums im Blick behalten.

Beide Termine waren sehr unterschiedlich, hatten aber doch einen gemeinsamen Kern: Es geht um Zukunft vor Ort. Bei den Europa-Miniköchen um junge Menschen, Bildung und regionale Identität. Beim Krankenhaus Prüm um Daseinsvorsorge und Sicherheit im Alltag. Genau solche Themen zeigen, wie wichtig die Arbeit im Wahlkreis bleibt.

Kommunalwahlen als Auftrag verstehen

Die vergangenen Wochen waren im Wahlkreis auch kommunalpolitisch besonders intensiv. Bei der Landratswahl im Eifelkreis Bitburg-Prüm und bei der Bürgermeisterwahl in Wittlich haben engagierte Persönlichkeiten um Vertrauen geworben. Ich habe diesen Wahlkampf gerne unterstützt, weil starke Kommunen starke Verantwortungsträger brauchen – Menschen, die ihre Region kennen, zuhören und bereit sind, schwierige Aufgaben anzupacken.

Gleichzeitig muss man die Ergebnisse offen einordnen. Sowohl im Eifelkreis als auch in Wittlich ist es nicht gelungen, die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für die von der Union unterstützten Bewerber zu gewinnen. In Wittlich war die Entscheidung denkbar knapp, im Eifelkreis dagegen deutlich. Solche Ergebnisse darf man nicht einfach zur Tagesordnung erklären. Sie zeigen, dass Vertrauen immer wieder neu erarbeitet werden muss – vor Ort, aber auch durch die Arbeit auf Landes- und Bundesebene.

Dabei wäre es zu einfach, kommunale Wahlen allein bundespolitisch zu erklären. Bürgermeister- und Landratswahlen haben ihre eigene Logik, ihre eigenen Themen und sehr

persönliche Kandidaturen. Aber die bundespolitische Stimmung spielt natürlich mit hinein. Wenn Menschen den Eindruck haben, dass Politik zu wenig löst, zu viel streitet oder zu spät reagiert, wirkt sich das auch auf Wahlen vor Ort aus. Deshalb kommt es jetzt darauf an, noch deutlicher zu zeigen, dass politische Arbeit konkrete Verbesserungen bringt – Daseinsvorsorge, Bürokratieabbau und verlässlichen Rahmenbedingungen für die Kommunen.

Für mich bleibt klar: Gerade im Wahlkreis gilt: zuhören, erklären, ansprechbar bleiben und die Anliegen der Menschen ernst nehmen. Nur so kann Vertrauen zurückgewonnen werden.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de